

EUROPA UND INTERNATIONALES



08. November 2021

Liebe Leserinnen und Leser,

die „Konferenz zur Zukunft Europas“ ist in vollem Gange. Sie ist ein ergebnisoffener Prozess, in dem Bürgerinnen und Bürger, Sozialpartner und Zivilgesellschaft ihre Reformvorschläge einbringen sollen, damit die Europäische Union für die neuen Herausforderungen dieses Jahrhunderts gewappnet ist. Die heutige Ausgabe widmet sich zwei Themen. Zum einen wird ein pragmatischer Vorschlag vorgestellt, der auf die Frage eingeht, wie Europäische Wahlen europäisch organisiert werden können – statt wie bisher den Parlamentarier*innen einen nationalen Wahlauftrag mitzugeben. Der zweite Beitrag beschäftigt sich mit dem Thema Jugend. Junge Menschen werden in Europa gern adressiert, doch wirkliche Lösungen für ihre Probleme finden sich in der Politik nur rudimentär wider. Junge Gewerkschafter*innen machen deshalb konkrete Vorschläge, wie ein europäisches Jugendförderprogramm aussehen sollte.



Europa europäisch denken: zur Frage der transnationalen Wahllisten zum Europäischen Parlament



DGB/Tzogia Kappatou/123rf.com

Wir kennen Wahlen zum Europäischen Parlament als nationale Ereignisse, in denen nationale Politiker auf Basis nationaler Wahlprogramme mit nationalen Themen um Stimmen werben. Vielfach ziehen sie dann mit dem Wählerauftrag ins Parlament, den nationalen Vorteil auf Kosten anderer Mitgliedsländer oder gar des einigen Europas zu suchen. Das muss sich ändern, damit ein geeintes Europa gelingen kann!



[zum Beitrag](#)



Junge Menschen brauchen Arbeitsplätze statt schöner Überschriften, JETZT!



DGB/Katarzyna Białasiewicz/123rf.com

Die EU-Kommission hat in ihrem Arbeitsprogramm für 2022 angekündigt, das kommende Jahr zum „Europäischen Jahr der Jugend“ zu machen. Gleichzeitig sollen bis zum Frühjahr die zukünftigen Prioritäten der EU in der Konferenz zur Zukunft Europas festgelegt werden. In den vergangenen Jahren folgten für junge Menschen auf schöne Überschriften zu oft enttäuschende und unzureichende Veränderungen. Junge Gewerkschafter*innen appellieren daher an die EU-Kommission sowie die Staats- und Regierungschefs, garantierte Ausbildungsplätze, einen sicheren Berufseinstieg und echte Zukunftsperspektiven für die europäische Jugend zu bieten.



[zum Beitrag](#)



Impressum

Verantwortlich

Deutscher Gewerkschaftsbund Bundesvorstand
Europa und Internationales
Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin
Telefon: +49 30.240 60-211, Telefax: +49 30.240 60-324
E-Mail: internationales (at) dgb.de

Verantwortlich

Reiner Hoffmann (Vorsitzender)

Rückfragen an

Andreas Botsch, Abteilungsleiter Europa und Internationales

[Newsletter abbestellen](#)

[Newsletter-Einstellungen ändern](#)